

1. Einleitung

1.1 DIE MYSTIK DER „MITTE“: ODER WORUM SOLL ES GEHEN?

Alle tun es – viele äußerst exponiert, einige still und manche mit Vorbehalten: Sie reden und schreiben über die „Mitte“ der Gesellschaft. Mal stehe diese kurz vor dem „Verfall“¹, ein anderes Mal wäre sie nicht satt zu bekommen durch Subventionen und sozialstaatliche Transferleistungen.² Sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien haben sich in den letzten Jahren während mindestens eines Wahlkampfes dem Schutz der „Mitte“ verschrieben. Wirtschaftsforschungsinstitute und Stiftungen publizieren regelmäßig Zustandsberichte über die „Mitte“. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen widmen sich einer „Mitte“. Es drängt sich der Eindruck auf, dass „Mitte“ in Deutschland irgendwie relevant und bedeutsam ist.

Gleichzeitig besitzt die „Mitte“ auch immer eine mystische Aura. Sie trägt seit jeher das Versprechen in sich, den harmonischen Ausgleich der Extreme und die einvernehmliche Synthese widerstreitender Anschauungen in sich zu bergen.³ So gilt die „räumliche Mitte“ häufig als Zentrum und Ausgangspunkt, während die „gesellschaftliche Mitte“ den Garant für Stabilität darstelle und die „politische Mitte“ das Erstarken radikaler Positionen verhindere. So könne sie

-
- 1 Philipp Krohn u. Philip Plickert, Die Abstiegsorgen der Mittelschicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.07.2010.
 - 2 Paul Nolte, Eine kurze Geschichte der Mitte, in: Berliner Republik, H. 3/2002.
 - 3 Peter Fischer, Mitte, Maß und Mäßigkeit. Zur Idee und Relevanz eines gesellschaftlichen Mittebezuges, Hamburg 2007, S. 104; Denis A. Sdwischkow, Der einsame Bildungsbürger auf der Suche nach der Mitte. Russland im Deutschlandkonzept Thomas Manns, in: Weimarer Beiträge, Jg. 45 (1999) H. 2, S. 180-198.

durch eine Vermittlung auf ausgeprägte rechte oder linke, die Demokratie gefährdende, Überzeugungen ausgleichend wirken.⁴ Mitunter werden sogar große Hoffnungen in die „Mitte“ gesetzt, indem ihr eine moderierende Funktion zugeschrieben wird. Schließlich geißelte bereits Aristoteles das Übermaß in jeglicher Hinsicht als Gefahr für den Staat, und bestimmte die „große Mitte“ als das Rückgrat einer funktionierenden Gemeinschaft.⁵ Die „Mittleren“, die weder Herren noch Knechte seien, würden niemanden verachten oder beneiden und insofern den Kern einer fruchtbaren politischen Gemeinschaft bilden.⁶ Für Aristoteles waren die „Mittleren“ vernünftig sowie tugendhaft, die Durchschnittsbürger weder radikale Anarchisten noch dogmatische Chauvinisten, sondern moderate Zivilisten. Und jene stellten in der Masse einen Ausgleich her zwischen rechts und links, zwischen oben und unten, sind einsichtig und nicht exzentrisch, besonnen, nicht erregt.⁷ Die Imagination von einer „guten Mitte“ hält sich bis heute. Auch deshalb scheint sie gesellschaftlich definieren zu können, was „normal“ ist, was „Norm“ und „Normalität“ sind. Doch die „Mitte“ wirke nicht nur auf Politik und Gesellschaft ausgleichend und stabilisierend. In den hochentwickelten Industriestaaten wird ihr inzwischen auch eine ökonomische Bedeutung beigemessen: Die gebildete, fleißig nach Aufstieg strebende Mittel-

-
- 4 Vgl. exemplarisch Rüdiger Altmann, Die Mobilisierung der Mitte. Was sich nach Adenauer gewandelt hat, in: Politische Meinung, Jg. 21 (1976) H. 164, S. 19-26, hier S. 23; Peter Fischer, Mitte, Maß und Mäßigkeit, 2007, S. 312f.; Herfried Münkler, Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010, S. 9, 70.
 - 5 Das Paradigma der „goldenen Mitte“ ist Dreh- und Angelpunkt der Aristotelischen Philosophie. Vgl. hierzu Josef Mehringer, Die Aristotelische Mitte. Dialektik, Mythos und Interdisziplinarität in Aristoteles' Philosophie als Philosophie der Mitte, München 2011, S. 592.
 - 6 Peter Graf v. Kielmansegg, Wozu braucht die Demokratie die Mitte? Aspekte gesellschaftlicher Mitte in Europa – Annäherung und Potentiale, in: Herbert Quandt-Stiftung (Hg.), Bad Homburg v. d. Höhe 2009, S. 59-65, hier S. 61.
 - 7 Vgl. exemplarisch für diese Thesen: Martin Werding, Die Mittelschicht macht reich, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.12.2008. Selbst Buchtitel suggerieren den Zusammenhang zwischen der Auflösung der Mitte und der Implosion der Demokratie Vgl. Hartwig Barthold, Stirbt die Demokratie? Die Auflösung der Mittelschicht und ihre Konsequenzen, Frankfurt a. M. 2009.

schicht treibe durch ihre Leistungsfähigkeit und Innovationsbereitschaft das Wirtschaftswachstum an und bringe somit unsere Gesellschaft insgesamt voran.⁸

Daher verwundert es wenig, dass selbst Parteien gern mit der „Mitte-Begrifflichkeit“ operieren. Offenbar ist „Mitte“ auch auf diese Art zu einem wirkmächtigen Begriff geworden, der nicht nur von Historikern und Sozialwissenschaftlern immer wieder verwendet wird, sondern im politischen Vokabular fest etabliert ist. Während schon Konrad Adenauer mit seiner Regierung eine „Koalition der Mitte“ bilden wollte – ein Schlagwort, welches die Christdemokraten in den 1970er, 1990er und 2000er Jahren immer wieder aufgriffen – spielen ebenso die Sozialdemokraten seit 1972 mit der „Neuen Mitte“. Diese sollte schließlich mit dem Wahlkampf Gerhard Schröders im Jahr 1998 erneut zu einer verheißungsvollen Vokabel werden. Später eigneten sich auch die Freidemokraten den Begriff der „Mitte“ an, die sie im Jahr 2008 heftig in einer großen Kampagne umwarben.

Im Kampf um die politische Vormachtstellung scheint „Mitte“ wichtig zu sein, da die Mäßigung suggerierende „Mitte“ nicht nur funktional ist, als unentbehrlich für die Demokratie und soziale Marktwirtschaft gilt, sondern vielmehr in der Bedeutung von Mehrheit auch hohe Wahlgewinne in Aussicht stellt. „Partei der Mitte“ wirkt immerhin auf zwei Drittel der Bevölkerung ausgesprochen attraktiv.⁹ Der Satz: ‚Wer die Macht erringen will, muss die „Mitte“ erobern.‘ klingt in den Ohren der Parteistrategen auch deshalb so erfolgsversprechend, weil sich beinahe sechzig Prozent der (West-)Deutschen selbst in der „Mitte“ verorten.¹⁰ Und – folgt man Ortega y Gasset – ist die „Mitte“ bei der Politik auch deshalb so beliebt, weil sie leicht beeinflussbar sei.¹¹ Doch was ist das für eine „Mitte“? Sind Wähler mittleren Alters, mittleren Einkommens und einer mittleren Bildung gemeint, oder wird eine „politische Mitte“ zwischen rechts und links imaginiert? Und ist die „Mitte“, die sich die Parteikommunikatoren seit zehn

8 Vgl. Martin Werding, Die Mittelschicht macht reich, 14.12.2008; Jörg Schulte-Altdorneburg, Editorial, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland, Bad Homburg v.d.Höhe 2006, S. 7-8, hier S. 613.

9 Renate Köcher, Die Sogwirkung der Linkspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.2008.

10 Statistisches Bundesamt (Hg.), Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2008, S. 178.

11 Zitiert nach Joska Pintschovius, Die Diktatur der Kleinbürger. Der lange Weg in die deutsche Mitte, Berlin 2008, S. 569.

Jahren auffallend oft gegenseitig abspenstig machen, eben die, in der sich mehr als die Hälfte der Bundesbürger wiederfinden?

Die vorliegende Arbeit will die „Mitte“ erschließen, genauer: die politische, die soziale, die gesellschaftliche „Mitte“. Doch gerade weil „Mitte“ in den Sozialwissenschaften und in der Politik ein so diffuses Gebilde ist, geht es in einem ersten Schritt, der der Aufschlüsselung der „Mitte“ vorgelagert ist, zunächst um die Frage, wie die „Mitte“ wissenschaftlich untersucht werden könnte. Hier stehen letztlich zwei zentrale Fragen im Vordergrund: Mit welchen Methoden kann die „Mitte“ wissenschaftlich erforscht werden und wie ist diese „Mitte“ beschaffen? Weil hier nicht die „räumliche Mitte“ im Fokus steht, sondern die Untersuchung vor einem politikwissenschaftlichen Hintergrund stattgefunden hat, soll es zunächst um die „Mitte-Konzepte“ der im Bundestag vertretenen Parteien gehen – auch, um so die Wirkmächtigkeit und Relevanz der „Mitte“ nachzuweisen – bevor in einem zweiten Schritt die „Mitte-Vorstellungen“ der soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschungsliteratur rezipiert werden, um schließlich zu einer Beschreibung der zeitgenössischen gesellschaftlichen „Mitte“ zu gelangen, die aus Erhebungen mittels Fokusgruppen schöpft.

1.2 DIE PARTEIPOLITISCHE UMWERBUNG DER „MITTE“

Zunächst soll die Behauptung untermauert werden, dass von vielen Seiten die Bedeutsamkeit der „Mitte“ postuliert wird. Vor allem in der politischen Arena taucht das „Mitte-Konzept“ immer wieder auf. Das „mittige Denkmodell“ ist ein wiederkehrendes Motiv in parteiprogrammatischen Publikationen. Auf welche Vorstellungen von „Mitte“ konnten sich Parteien jeweils einigen? Die Sicht auf die „Mitte-Bilder“ von FDP, SPD, CDU und den Grünen dient als Nachweis, dass „Mitte“ innerhalb des politischen Diskurses eine Relevanz hat. Gleichzeitig stehen diese Beschreibungen auch für ein bestimmtes Bild der Gesellschaft, der Politik und der Individuen. Diese spezifische Art des sozialen Lebens repräsentiert ebenso Werte und Praktiken¹², die so im Zusammenhang mit der „Mitte“ gleichfalls offengelegt werden sollen. Die parteipolitisch geprägte Vorstellung der „Mitte“ – so die These – hat sich von einem relativ vagen und harmonisierenden Konzept in den 1950er bis 1970er Jahren hin zu einer konkreten Vorstel-

12 Vgl. Slavoj Žižek, Das „unendliche Urteil“ der Demokratie, in: Demokratie? Eine Debatte, Frankfurt a. M. 2012, S. 116-136.

lung über eine spezifische gesellschaftliche Gruppe, der seit den 1990er Jahren eher exklusive Eigenschaften zugeschrieben wird, entwickelt.

Die politische Debatte um die „Mitte“ ist alt. So war die „Neue Mitte“ mitnichten eine genuine Erfindung der Schröder-SPD. Bereits auf dem Dortmunder Wahlsonderparteitag der SPD im Oktober 1972 prägte Brandt in einer von Klaus Harpprecht verfassten Rede diese Begrifflichkeit. Schon damals wurde der Terminus nicht präzise definiert, dennoch gelang es dem damaligen Bundeskanzler, damit ein spezifisches Lebensgefühl einzufangen.¹³ Für Brandt war die „Neue Mitte“ Substanz und Standort nicht einer *Partei*, sondern eines *Regierungsbündnisses*, dessen wichtigstes Ziel es sei, mehr Freiheit und Gerechtigkeit für die bisher Benachteiligten zu schaffen.¹⁴

Der Bundestagswahlkampf der Sozialdemokraten im Jahr 1998 markierte den Beginn einer erneuten „Mitte-Konjunktur“. Mit der „Mitte“, die Schröder und seine Partei wiederentdeckten, war nun nicht mehr ein Regierungsbündnis gemeint, sondern wurde eine Allianz zwischen den Stimmbürgern und der SPD anvisiert. Im Wahlprogramm wird deutlich, wie sich die Sozialdemokraten diese Wähler vorstellten: leistungsfähig, flexibel, gut ausgebildet, eigenverantwortlich und initiativ. Es waren die so genannten „hoch qualifizierten und motivierten Leistungsträger“ der Gesellschaft, um die man für dieses politische Projekt der „Neuen Mitte“ warb, engagierte Mittelständler, mutige Existenzgründer, Informatiker, Ärzte und Ingenieure, erfindungsreiche Techniker und Wissenschaftler. Zusammengenommen waren sie – in den Augen der Parteistrategen – die Mehrheit der Gesellschaft. In seiner Rede auf dem Leipziger Parteitag im April 1998 ergänzte der designierte Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, dass er mit der „Neuen Mitte“ nicht nur um Angehörige der „wissenschaftlich-technischen Intelligenz“, sondern auch um die Kernklientel der Christdemokraten, um den Mittelstand, kämpfen werde.¹⁵ Angelernte Arbeiter, Arbeitsuchende oder Jugendliche ohne Ausbildung wurden nur angesprochen, sollten nur teilhaben,

13 Zur grundsätzlichen Bedeutung dieser Rede vgl. Franz Walter, Der Kanzler und seine Intellektuellen, in: Ders., Träume von Jamaika. Wie Politik funktioniert und was die Gesellschaft verändert, Köln 2006, S. 87-92, hier S. 89f.

14 Willy Brandt, Perspektiven der neuen Mitte, in: Hildegard Hamm-Brücher (Hg.), Auftrag und Engagement der Mitte. Eckwerte der Demokratie in der Bundesrepublik, München 1974, S. 245-252, hier S. 248f.

15 Vgl. Die Rede von Gerhard Schröders auf dem Leipziger Parteitag: Gerhard Schröder, Rede, 17.04.1998, online einsehbar unter <http://www.april1998.spd-Parteitag.de/schroeder.html> [eingesehen am 19.02.2009].

wenn sie unbedingten Leistungswillen und Einsatzbereitschaft zeigten, statt sich mit ihrer Situation abzufinden. Nur wenn sie sich anstrebten, seien sie transferleistungsberechtigt. Dies gebiete die Fairness gegenüber den eigentlichen Stützen der Gesellschaft. Darunter verstanden die sozialdemokratischen Strategen diejenigen, die den Sozialstaat mit ihren Steuern und Abgaben finanzieren. Und genau um die ging es den Sozialdemokraten vornehmlich. Ihnen sollte das Gefühl gegeben werden, dass sich ihr Engagement lohne, dass sie als Kostenträger des Wohlfahrtssystems fair behandelt würden. An Faule und Unwillige sollte das Geld der „Mitte-Bürger“ nicht verschwendet werden.¹⁶ Schließlich wurde im so genannten Schröder-Blair-Papier formuliert, dass das „Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung“ umgewandelt werden solle. Die Ausweitung der Chancengleichheit sollte dabei – sozusagen als Gerechtigkeitskorrektiv – immer im Blick behalten werden.¹⁷

Bereits im Bundestagswahlkampf 1998 gab es Signale, dass es für die Christdemokraten nach 16 Jahren Regierungsverantwortung eng werden würde. Auch deshalb wollten sie bei der Entlehnung der traditionell von ihr gebrauchten „Mitte-Begrifflichkeit“ nicht tatenlos zuschauen. Zumal sie es waren, die 1982 die sozialliberale Regierung mit der selbst proklamierten „Koalition der Mitte“ abgelöst hatten.¹⁸ Womöglich mag der eine oder andere Christdemokrat es bereut haben, mit dem bereits 1994 zaghaft vorgetragenen Wahlkampfslogan für eine „Koalition der Mitte“ nicht kraftvoll in den Bundestagswahlkampf 1998 gestartet zu sein, sondern diese Formel dem politischen Gegner überlassen zu haben. Christdemokraten verorteten sich selbst seit den frühen 1950er Jahren mitten in der Gesellschaft. Sie sahen sich dort verankert, konnten Katholiken und Protestanten, Arbeiter und Großunternehmer zusammenbinden. Doch während jene alte „Mitte“ breit, inklusiv und ausgleichend war, sich zumindest auf ein gesellschaftliches Bündnis bezog, schien die nun imaginierte „Mitte“ einzig die Bezeichnung für eine Regierungsallianz beziehungsweise eine spezifische parteipolitische Formation zu sein. Dennoch: Den Begriff „Mitte“ wollten sich die

16 SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998, Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Beschluss des außerordentlichen Parteitags der SPD am 17. April 1998 in Leipzig, 17.04.1998, online einsehbar unter <http://www.april1998.spd-parteitag.de/programm/> [eingesehen am 20.01.2009].

17 Gerhard Schröder u. Tony Blair, Schröder-Blair-Papier. Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, online einsehbar unter <http://bnla17.landshut.org/spdvib/041199/original.htm> [eingesehen am 20.02.2009].

18 Vgl. Werner Filmer u. Heribert Schwan, Helmut Kohl. Düsseldorf 1990, S. 179.

Christdemokraten von ihrer politischen Konkurrenz nicht nehmen lassen. Daher warb die Union seit 1998 verstärkt mit ihrem Standort „Mitten im Leben“. Doch diese Kampagne wurde erst durch die Erfurter Leitsätze aus dem Jahr 1999 in der breiten Öffentlichkeit sichtbar. Die CDU beschrieb sich darin selbst als „Volkspartei der Mitte“. Sie beanspruchte diesen Status aufgrund ihrer historischen Führungsrolle im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau, der Sozialen Marktwirtschaft, dem Wirtschaftswunder und der Wiedervereinigung. Auch in Zukunft werde sie für die Gesellschaft diese tragende Rolle übernehmen, weil CDU/CSU für Geborgenheit, Heimat, Zukunft, soziale Sicherheit und Absicherung in einer sich verändernden Welt stünden.¹⁹ Während die SPD also mit ihrer „Mitte“ zunächst die gesellschaftlichen Leistungsträger anvisierte, verstand die CDU darunter ihre Funktion als Volkspartei. Diese Selbstbezeichnung unterstrich den Anspruch, die Gesamtbevölkerung schichtübergreifend zusammenzubinden.

Doch die Sozialdemokraten wollten ihre eroberte Begriffshoheit über „die Mitte“ nicht zurückgeben. Der damalige Generalsekretär der Partei, Franz Müntefering, erklärte 2001 in der *Frankfurter Rundschau*, „warum für die CDU in der Mitte kein Platz ist“.²⁰ Die Union stünde nicht mitten im Leben, sie habe keinen Anschluss an die mittleren Generationen gefunden und ihre Anhängerschaft sei überaltert. Außerdem sei die „Partei des Kalten Krieges“ in der Vergangenheit verhaftet geblieben und habe so jegliche Legitimation für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft verloren. Müntefering sah die „Mitte“ zu Beginn des neuen Jahrtausends nicht mehr von der Union besetzt, sondern im Umkreis der „linken Volkspartei“. Die ehemals typisch linken Prinzipien und Haltungen, wie beispielsweise die Bereitschaft zum zivilgesellschaftlichen Engagement oder die Analyse der politischen Probleme von ihrer Ursache her, seien im breiten Bewusstsein der Öffentlichkeit angekommen. Somit stehe die SPD strukturell und habituell in der „Mitte“ der Gesellschaft. Die Sozialdemokraten schienen nun unter der „Mitte“ nicht mehr nur die Subjekte der „Neuen Mitte“ zu verstehen, sondern – ebenfalls wie die CDU – einen politischen Standort, der auf Grund seiner zentralen Positionen für eine breite Wählerschaft attraktiv ist.

Wenige Tage nach Müntefering stellte der Christdemokrat Wolfgang Schäuble in einer Replik ebenfalls in der *Frankfurter Rundschau* klar, dass für

19 Erfurter Leitsätze, Aufbruch '99, online einsehbar unter www.cdu.de/doc/pdf/c/12pt_erfurter_leitsaetze.pdf [eingesehen am 17.09.2005].

20 Franz Müntefering, Warum für die CDU in der Mitte kein Platz ist, in: *Frankfurter Rundschau*, 05.02.2001.

ihn „Mitte“ nicht wie für die Sozialdemokraten Beliebigkeit und Pragmatismus ist, sondern Pluralismus, Toleranz, Subsidiarität und Eigenverantwortung bedeutet. Und weil Schäubles Partei eine auf diese Werte begründete Volkspartei sei, wirke sie zur „Mitte“ hin integrierend.²¹ Sowohl SPD als auch CDU waren nun darum bemüht, den Ort der „Mitte“ mit Substanz zu füllen, mit zivilgesellschaftlichem Engagement auf der einen und eigenverantwortlicher sowie toleranter Werthaltung auf der anderen Seite. Dass jenes dieses nicht ausschloss, thematisierten die Parteivertreter in ihrer politischen Rhetorik nicht.

Auch der damalige nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der CDU, Jürgen Rüttgers, warf mit einem Namensartikel in derselben Zeitung weiter Holz auf das „Mitte-Feuer“. Er verschrieb der Union, dass sie über die kulturelle „Mitte“ die politische Mehrheit zurückerobern und sich als runderneuerte Partei für verschiedene Biografien und Lebenswege öffnen müsse.²² Rüttgers offenbarte mit diesem Statement, dass „Mitte“ für ihn nicht an konkrete Eigenschaften oder Wertvorstellungen gebunden ist, sondern schlicht ein Synonym für die Mehrheit der Wähler darstellt. Und diese sei nicht allein durch vermeintlich allgemeingültige Werte zu erreichen, sondern müsse durch einen breiten Mix an politischen Repräsentanten angesprochen werden.

Im Bundestagswahlkampf 2002 benutzte die CDU weiterhin die „Mitte-Begrifflichkeit“ und führte einige Variationen durch. Man sprach davon, dass sich die Leistungsbereitschaft der „schweigenden Mehrheit“ wieder lohnen müsse und nahm für sich in Anspruch, aus der „Mitte“ des politischen Spektrums und aus dem Zentrum der Gesellschaft heraus zu agieren.²³ So unterstrichen die Christdemokraten einerseits weiterhin ihre volksparteiliche „Mitte-Interpretation“ und glichen sich andererseits der sozialdemokratischen „Mitte-Vorstellung“ an, indem nun auch sie verstärkt Leistungsträger und die ihnen zustehende Belohnung in das Zentrum rückten. Aus Angst, der jeweils andere große politische Konkurrent könne mit seiner „Mitte-Ansprache“ größeren Zulauf erzielen, kupferten CDU und SPD untereinander nicht nur den Begriff, sondern auch dessen nebulöse inhaltliche Füllungsversuche ab und verloren sich so in Unklarheiten, Allgemeinplätzen und Verwechselbarkeiten.

21 Wolfgang Schäuble, Das soll Mitte sein?, in: Frankfurter Rundschau, 09.02.2001.

22 Jürgen Rüttgers, Neue Mitte oder Politik der Beliebigkeit, in: Frankfurter Rundschau, 14.02.2001.

23 Vgl. Leistung und Sicherheit, Zeit für Taten. Regierungsprogramm 2002/2006 von CDU und CSU, online einsehbar unter <http://www.cdu.de/doc/pdfc/regierungsprogramm-02-06-b.pdf> [eingesehen am 05.01.2009].

Auch die SPD versuchte es im Jahr 2002 zunächst wieder mit der „Mitte“ – was 1998 erfolgreich gewesen war, sollte sich nun ein zweites Mal bewähren. Sie startete den Wahlkampf mit dem Kongress „Die Mitte in Deutschland“. Bereits in seiner Presseerklärung anlässlich der Konferenz stellte Müntefering klar, dass CDU/CSU nicht „die Mitte“ sind. Demgegenüber hätten die Sozialdemokraten alles, um die „rote Mitte“ in Deutschland abzudecken: angefangen vom „Mitte-Prototyp“ Gerhard Schröder, der sich mit Leistung und Ausdauer in die „Mitte“ gekämpft habe, über ein Programm der „Mitte“, welches die Familie und eine effektive Beschäftigungspolitik in den Vordergrund stelle, bis hin zu einem Wahlkampf der „Mitte“, in dem man „auf dem Weg der Mitte in die Zukunft gehen“ werde.²⁴ In seiner Auftaktrede versuchte der damalige Bundeskanzler, die sozialdemokratische „Mitte“ als Bündnis zwischen Arbeitnehmerschaft und aufgeklärtem Bürgertum zu konkretisieren, das von Leistung und Gemeinnutz getragen werde. Er begriff „Mitte“ als eine Art Lebensgefühl und trennte erstmals im Vokabular der Partei die politische von der gesellschaftlichen „Mitte“.²⁵

Das attributive „Mitte-Wirrwarr“ der SPD sollte noch gesteigert werden, als Olaf Scholz 2003 mit der „solidarischen Neuen Mitte“ versuchte, eine Synthese zwischen der politischen und, wie er es nannte, „soziologischen Mitte“ herzustellen. Für Scholz waren die Vertreter der „solidarischen Neuen Mitte“ die studierten Nachkommen der hart arbeitenden „kleinen Leute“, von denen er nun ein auf Zusammengehörigkeitsgefühl gründendes Eintreten füreinander einforderte. Der damalige Generalsekretär der Sozialdemokratie kritisierte auf diese Art indirekt auch die bisherige Konnotation des vielfach verwendeten Schlagwortes und konzentrierte sich auf ein ehemaliges Kernklientel der Partei, statt sich an einer bürgerlichen Lebensart zu orientieren. In eine ähnliche Richtung zielte der Beitrag von Erhard Eppler im März 2008 auf dem hessischen Landesparteitag der SPD. Eppler forderte hier Solidarität für die verletzte, verunsicherte

24 Franz Müntefering, In Deutschland ist die Mitte rot. Presseerklärung des SPD-Generalsekretärs Franz Müntefering zum Kongress „Die Mitte in Deutschland“, 12.02.2002 2002.

25 Gerhard Schröder, Rede des SPD-Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des Kongresses „Die Mitte in Deutschland“ am 20.02.2002 in Berlin, online einsehbar unter http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,3200,00.pdf [eingesehen am 03.02.2009].

und verängstigte „Mitte“, die vor einer spezifischen Ausprägung des Kapitalismus geschützt werden müsse.²⁶

Unter Verzicht auf jegliche Erklärungen und Begründungen vollzog die Sozialdemokratie nach 2002 eine Kehrtwende von der „Neuen Mitte“, der Allianz zwischen der Partei und der selbstbewussten „wissenschaftlich-technischen Intelligenz“, hin zur einer als hilflos und verzagt imaginierten „Mitte“. Obschon diese Umdefinition nur die Entwicklungen innerhalb der Partei nachvollzog, war sie doch misslungen. Dies mag eine Ursache dafür gewesen sein, den „Mitte-Begriff“ mehr und mehr aufzugeben. Stattdessen sprach man im Hamburger Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007 von der „solidarischen Mehrheit“ und verstand darunter diejenigen, die die Werte und Ziele der Sozialdemokratie teilen sowie in Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Kirchen, sozialen Bewegungen und Netzwerken engagierte Menschen, die sich für eine bessere und gerechtere Gesellschaft einsetzen.²⁷ Bereits acht Monate zuvor hatte der damalige Parteivorsitzende Kurt Beck in der Tageszeitung *Die Welt* erläutert, was er konkret unter dieser „solidarischen Mehrheit“ verstand: Eine von Einkommen, Sozialmilieu oder Schicht unabhängige Mehrheit, die die Idee einer gerechten Bürgergesellschaft mit wechselseitigen Solidaritäten vereint.²⁸ Auch Hubertus Heil und Sigmar Gabriel schlossen sich der „Mehrheits-Vokabel“ an und grenzten diese sogar bewusst von der „Neuen Mitte“ ab. Die Mehrheit seien Meister, Techniker, Facharbeiter, Angestellte, Kaufleute, Handwerker, Krankenschwestern oder Beamte, die Produkte und Dienstleistungen mit ihrer Intelligenz, ihrem Geschick, ihrem Können und ihrem Engagement weltweit erfolgreich gemacht hätten und eben keine „Neue Mitte-Mischung“, kein Amalgam aus Internet und Börse.²⁹

Im Gegensatz zu den Erklärungen im Zusammenhang mit der „Neuen Mitte“ ist bei denen zur „solidarischen Mehrheit“ kaum noch von Leistung oder Leistungsgerechtigkeit die Rede. Demgegenüber wird umso mehr die Wichtigkeit der Chancengleichheit betont. Auch der Begriff der Solidarität hat einen völlig neuen Stellenwert erhalten. Wurde noch im Schröder-Blair-Papier und auf dem

26 Vgl. Bernd Ulrich, Im Land der Opfer, in: *Die Zeit*, 17.04.2008.

27 Vgl. Hamburger Programm, Das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, online einsehbar unter http://www.spd.de/de/politik/grundsatzprogramm/index.html#Hamburger_Programm [eingesehen am 02.01.2009].

28 Kurt Beck, Die bürgerliche Mehrheit sitzt in keinem Lager, in: *Die Welt*, 18.02.2008.

29 Sigmar Gabriel, Links sein. Politik für die Mehrheit, München 2008, S. 24.

„Mitte-Kongress“ Solidarität immer nur im Zusammenhang mit (Eigen-) Verantwortung benutzt, löste sich auch diese assoziative Beziehung in der „solidarischen Mehrheit“ auf. Doch das sozialdemokratische Führungsduo Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering interessiert sich im Jahr 2008 weder für die „Neue Mitte“ noch die „solidarische Mehrheit“. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat für die im Jahr 2009 anstehende Bundestagswahl, Frank-Walter Steinmeier, erklärte auf dem Außerordentlichen Parteitag im Oktober 2008 in Anspielung auf die CDU-Kampagne, dass er nicht wisse, was eine „bürgerliche Mitte“ ist und versprach gleichzeitig schlicht, eine Politik für die Mehrheit zu machen – in seinen Augen Menschen, die sich gegen die Vorstellungen von oben und unten zur Wehr setzen.³⁰

Demgegenüber blieb die CDU bei der Vokabel „Mitte“. Im hastig verfassten Wahlprogramm von 2005 reklamierte sie erneut für sich, die „Volkspartei der Mitte“ zu sein.³¹ Dass sie als Christdemokraten nahe an der Lebenswirklichkeit der Menschen seien, lieferte die argumentative Begründung für diesen Anspruch.³² Die CDU versprach eine auf festen Werten gründende „Politik der Mitte“.³³ Darunter begriff sie Heimat, Familie, Nationalstolz, Fortschritt, Freiheit, Eigenverantwortung und Subsidiarität. Im neuen Grundsatzprogramm wurde ebenso der Alleinanspruch auf die alle Schichten des Landes integrierende, für den sozialen Aufstieg offene „Mitte“ betont.³⁴ Für diese „Mitte“ wollte die

30 Frank-Walter Steinmeier, Verantwortung für Deutschland, online einsehbar unter http://www.frank-walter-steinmeier.de/_pdf/081018_rede_bpt_steinmeier [eingesehen am 10.03.2009].

31 Regierungsprogramm 2005-2009, Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit, online einsehbar unter <http://www.regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf> [eingesehen am 13.02.2009].

32 Vgl. Ronald Pofalla, Rede des Generalsekretärs Ronald Pofalla MdB vor dem Bundesausschuss vom 20. Februar 2006, online einsehbar unter http://www.cdu.de/doc/pdfc/06_02_20_GS_Rede_Bundesausschuss.pdf [eingesehen am 11.12.2008].

33 Vgl. Erfurter Erklärung, Beschluss des Bundesvorstandes, 10.01.2009, online einsehbar unter www.cdu-halle.de/aktuell/090110-Erfurter-Erklärung.pdf [eingesehen am 05.02.2009].

34 Vgl. Grundsätze für Deutschland, Entwurf des neuen Grundsatzprogramms. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an den 21. Parteitag am 3./4. Dezember 2007 in Hannover, online einsehbar unter <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/070701-leitantrag-cdu-grundsatzprogramm-navigierbar.pdf> [eingesehen am 10.10.2008].

CDU wirtschafts- und sozialpolitische Handlungskonzepte entwickeln. Diese sollten den Bürgern die virulente Angst vor dem Abstieg nehmen, ihre „bürgerlichen Werte und Tugenden“ stärken und die Familie in das Zentrum stellen.³⁵ Allerdings sollte jener „Mitte“ nicht – wie es Sozialdemokraten wie Erhard Eppler forderten – Solidarität zuteilwerden, sondern sie sollte diese aus sich selbst heraus immer wieder neu bereitstellen. Als Gegendienst müsse, so das Programm der Christdemokraten, der die „Mitte“ prägende „bürgerliche Leistungsgedanke“ wieder ausreichend honoriert werden.³⁶

Während also die CDU unbeirrt darauf beharrt, die Mitte zu repräsentieren und die SPD im Laufe des Jahres 2007 den Mitte-Begriff wieder freimachte, bemächtigte sich dessen die FDP, zumal den Liberalen die „Mitte“ der Christdemokraten zu weit nach links gerückt war. Die Union hatte sich aus Sicht der Liberalen mit ihren Vorstellungen über Mindestlohn und einem Gesundheitsfond zu weit von der Sozialen Marktwirtschaft entfernt.³⁷ Ähnlich wie die CDU konnten sich auch die Freidemokraten auf eine jahrzehntealte „Mitte-Tradition“ berufen. Die liberale „Mitte“ speiste sich jedoch nicht aus dem Anspruch Volkspartei sein zu wollen, sondern aus zwei völlig anderen Quellen: der linksliberalen Tradition und der Rolle der FDP im bundesdeutschen Parteiensystem. So sah sich der so genannte linksliberale Flügel der Freien Demokratischen Partei als Repräsentant des alten Mittelstandes soziologisch, politisch und kulturell bereits seit der Gründungsphase der Bundesrepublik in der „Mitte“ der Gesellschaft und scheute ebenso die rechten wie linken Extreme. Über die soziologische Platzierung der Parteimitglieder hinaus fand die „Mitte“ eine Begründung in der Funktion der Partei innerhalb des bundesrepublikanischen Parteiensystems: Die Liberalen positionierten sich dort in der „Mitte“, zwischen Sozial- und Christdemokraten und boten sich in den wechselnden Regierungskoalitionen stets als Korrektiv an.³⁸ Und obwohl der FDP mit dem Auftauchen der Grünen beziehungsweise spätestens mit der Etablierung des Fünf-Parteien-Systems ihre „Scharnierfunktion“ abhandenkam, wird ihr in Umfragen noch immer der „Mitte-Status“

35 Vgl. Wiesbadener Erklärung der CDU Deutschlands, Deutschland stärken. Politik der Mitte fortsetzen, 05.01.2008, online einsehbar unter www.angela-merkel.de/080105-wiesbadener-erklaerung.pdf [eingesehen am 03.09.2008]; Norbert Röttgen, Der bürgerlichen Mehrheit Heimat geben, in: Die Welt, 25.02.2008.

36 Norbert Röttgen, Der bürgerlichen Mehrheit Heimat geben, 25.02.2008.

37 Vgl. Guido Westerwelle, Interview, in: Passauer Neue Presse, 04.12.2007.

38 Vgl. Peter Lösche u. Franz Walter, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftswechsel, Darmstadt 1996, S. 26, 37.

zuerkannt.³⁹ Rund 29 Prozent der repräsentativ ausgewählten Befragten denken spontan an die FDP, wenn sie das Wort „Mitte“ hören. Lediglich 21 Prozent assoziieren damit die Sozialdemokraten und 20 Prozent die CDU.⁴⁰ In diesem Sinne basierte die verstärkte Umwerbung der „Mitte“ seit 2008 auf hergebrachten liberalen Traditionen.

Auf diese nahmen die Freien Demokraten mit einer intensiven Kampagne im ersten Halbjahr 2008 Bezug. Mit „die Mitte stärken“ betonte die FDP, dass sie im Zwischenraum von rechts und links bleiben und „Kurs halten“ will.⁴¹ Sie inszenierte sich verstärkt als Anwalt derer, die „den Karren ziehen“ und die vom Wirtschaftsaufschwung nichts spüren würden, obwohl deren Fleiß der Motor eben jenes Booms sei.⁴² Wie bereits die beiden so genannten Volksparteien zuvor versuchte auch die FDP, sich ein Bild von der gesellschaftlichen „Mitte“ zu machen. Diejenigen, die morgens aufstehen, ihre Kinder versorgen, zur Arbeit gehen und Steuern zahlen, diejenigen, die Leistung bringen, eine gute Ausbildung erreichen und sich ihr privates Glück auf gesichertem wirtschaftlichen Fundament selbst erarbeiten wollen, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, Vorgesetzte, Belegschaften oder Auszubildende, sie alle seien die „Mitte“ Deutschlands. Und eben diese, von Union und SPD „vergessene bürgerliche Mitte“, wolle aus Sicht der FDP mehr Freiheit, fordere Leistungsgerechtigkeit sowie „mehr Netto“ und sei gleichzeitig bereit, Verantwortung zu übernehmen.⁴³ Stattdessen sei sie unter der Großen Koalition durch neue Belastungen, die Mehrwertsteuererhöhung und geringere Nettolöhne unter Druck geraten. Um diesen Menschen die Unsicherheit zu nehmen, forderte die FDP eine Senkung sowie Vereinfachung der Steuern- und Abgabenlast, Bürokratieabbau, Flexibilisierung

39 Vgl. Renate Köcher, Die Sogwirkung der Linkspartei, 20.12.2008.

40 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann u. Renate Köcher (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002. Bd. 11, München 2002. Nur drei Prozent denken bei dem Wort „Mitte“ in der Politik an Bündnis 90 / Die Grünen.

41 Vgl. Strategische Eckpunkte 2008, Mehr Freiheit wagen. Hannover, 09.11.2007, online einsehbar unter http://www.liberales.de/webcom/show_download.php?wc_c=653&wc_cat=14 [eingesehen am 05.11.2008].

42 Vgl. Guido Westerwelle, Interview, in: Saarbrücker Zeitung, 19.12.2007.

43 Vgl. „Die Mitte stärken!“, Kampagne der FDP, online einsehbar unter <http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show-article.php/c-1076/-lkm-743/i.html> [eingesehen am 23.02.2008].

des Arbeitsrechtes und eine Stärkung der mittelständischen Tugenden, wie Mut, Kreativität, Verantwortungsgefühl und Leistungsbereitschaft.⁴⁴

In der täglichen liberalen Regierungsarbeit ab 2009 benutzten die liberalen Politiker die Vokabel der „Mitte“ deutlich seltener. Übrig blieben gelegentliche Solidaritätserklärungen mit ihr. So betonten beispielsweise der Parteivorsitzende und der Generalsekretär auf dem Dreikönigstreffen im Jahr 2012 pflichtschuldig, dass die Freidemokraten „Politik für die arbeitende Mitte der Gesellschaft“ machten, die man weiterhin durch den Abbau von Bürokratie und finanziellen Belastungen stärken möchte.⁴⁵ Auch im neuen Grundsatzprogramm der FDP, den Karlsruher Freiheitsthesen, stehe diese „Mitte“ im Zentrum der liberalen Politik. Die FDP sieht sich als „Partei der Freiheit des Einzelnen“ gleichzeitig als „Partei der gesellschaftlichen Mitte“.⁴⁶

Die Sozialdemokraten gingen in den letzten vier Jahren ähnlich zurückhaltend mit der „Mitte“ um, nachdem diese für die Partei noch 1998 und 2002 als Wahlkampfslogan erhalten musste. Sozialdemokraten forderten zwar im November 2009 auf ihrem Parteitag in Dresden eine „Entlastung der Mittelschicht“ und fragten sich in der Rückschau auf das desaströse Bundestagswahlergebnis mit mageren 23 Prozent, warum man gerade in der „sozialen Mitte“, die man als „Arbeitnehmerschaft“ definiert, so hoch an Zustimmung verloren hatte⁴⁷, doch wichtig ist die „Mitte“ derzeit nicht. Bis auf die Wahl des Sozialdemokraten Olaf Scholz im Februar 2011 zum Hamburger Bürgermeister, die als „Sieg der Mitte“

44 Vgl. Guido Westerwelle, Die vergessene bürgerliche Mitte, in: Die Welt, 03.03.200 ; Beschluss des FDP-Präsidiums, Liberales Manifest für den Mittelstand, online einsehbar unter http://www.liberale.de/webcom/show_article.php/_c-567/_nr-2147/i.html [eingesehen am 21.01.2009].

45 So beispielsweise auf dem Dreikönigstreffen 2012, vgl. exemplarisch Die Rede von Patrick Döring auf Dreikönigstreffen am 06.01.2012, online einsehbar unter <http://fdp-bw.de/fdpbwblogs/dreikoenig12/> [eingesehen am 02.12.2012].

46 Verantwortung für die Freiheit, Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. Beschluss des 63. ordentlichen Bundesparteitages der FDP, Karlsruhe 22.04.2012, online einsehbar unter http://www.fdp.de/files/565/Freiheitsthesen_vorlaeufige_Fassung.pdf [eingesehen am 07.10.2012], S. 7 und 25.

47 Die SPD, Beschlüsse des ordentlichen Bundesparteitages der SPD. Dresden, 13.-15. November 2009, online einsehbar unter http://www.spd.de/linkableblob/1780/data/beschlussbuch_bundesparteitag_dresden_2009.pdf [eingesehen am 06.11.2012], S. 110.

gefeiert wurde, blieb es um das Thema „Mitte“ in den letzten Jahren auffällig ruhig.

Demgegenüber sind die Christdemokraten die einzigen, die den Mitte-Begriff durchgängig seit beinahe zwei Jahrzehnten zu verteidigen scheinen. Sie betonen immer wieder: „Die Mitte sind wir“ und „nur aus der Mitte könne Deutschland erfolgreich gestaltet werden“.⁴⁸ Die Vokabel der „Mitte“ rahmt auch die neuesten Parteitagebschlüsse, beginnend mit dem Bekenntnis „Die Christlich Demokratische Union ist die größte Volkspartei der Mitte in Deutschland.“ und endend mit der Formel „Die CDU bleibt die Volkspartei der Mitte. Aus der Mitte heraus gestaltet sie seit über 60 Jahren unser Land und übt Anziehungskraft auf Wähler rechts und links der Mitte aus.“⁴⁹ Im Herbst 2010 gerann „Mitte“ überdies zu einer innerparteilichen Kampfvokabel. Nach dem Rückzug Ursula Steinbachs aus dem Parteivorstand entbrannte eine parteiinterne Debatte über das zu schärfende konservative Profil der CDU.⁵⁰ Anlässlich des Festaktes der 60-Jahrfeier der Union erteilte die Parteivorsitzende Angela Merkel diesen internen Forderungen nach mehr Konservatismus eine deutliche Absage. Sie sei die Parteivorsitzende einer „Volkspartei der Mitte“ und unterstrich: „Die Mitte ist eine Haltung, die vermeintliche Gegensätze überwindet.“⁵¹ In dieser Formel löst sich beinahe jegliches Begriffsfundament auf. Dieses liberale christdemokratische „Mitte-Bild“ wird durch die Aussage Ole von Beusts ergänzt. Nach dem endgültigen Bruch der ersten schwarz-grünen Koalition in Hamburg verteidigte der scheidende Oberbürgermeister der Hansestadt seine Öffnung zur „Mitte“ hin.

48 Vgl. Beschluss des 22. Parteitages der CDU Deutschlands, Die Mitte. Deutschlands Stärke. 30.11.-02.12.2008 in Stuttgart, online einsehbar unter www.cdu.de/doc/pdfc/081202-beschluss-a-klima-umwelt-verbraucherschutz.pdf [eingesehen am 04.01.2009].

49 Die CDU, Beschluss des 23. Parteitages der CDU Deutschlands, Karlsruhe 14.-16. November 2010, Verantwortung Zukunft, online einsehbar unter <http://www.cdu.de/doc/pdfc/101116-verantwortung-zukunft-beschluss.pdf> [eingesehen am 12.03.2012], S. 1, 16.

50 Vgl. o.A., Ist die CDU zu links?, in: Zeit Online, 13.09.2010, online einsehbar unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/cdu-debatte-konservativ> [eingesehen am 13.12.2012]. Zum konservativen Profil der Partei vgl. auch: Franz Walter u. Christian Werwath u.a., Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit, Baden-Baden 2011, S. 180ff.

51 o.A., Merkel: CDU bleibt Volkspartei der Mitte, in: Braunschweiger Zeitung, 23.10.2010, online einsehbar unter <http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/merkel-cdu-bleibt-volkspartei-der-mitte-id432164.html> [eingesehen am 05.12.2012].

Gleichzeitig stellte er dem Konservatismus die „Mitte“ als Antipode gegenüber: ein „bestimmtes Familienbild mit klaren Rollenaufteilungen“ – so von Beust – passt nicht mehr zur „Mitte“ und müsse daher auch von der CDU überdacht werden.⁵²

Doch im Kern dachte von Beust mit seiner Öffnung zur „Mitte“ auch an ein Regierungsbündnis, an die Öffnung hin zu den Grünen. Und genau jene nehmen den von ihnen zuvor nie gebrauchten Begriff seit der Bundestagswahl 2009 verstärkt in Anspruch. Es mag Zufall sein, dass die Grünen diese Vokabel genau zu *dem* Zeitpunkt von der Straße aufhoben, als die vormaligen Koalitionspartner ihn dort liegengelassen hatten: Während die SPD die „Neue Mitte“ noch zwischen 1998 und 2005 zum Leitbegriff erkoren hatte, wollte sie davon seit 2008/09 nichts mehr wissen. Die Grünen hingegen bemächtigten sich dieses Begriffes. Für sie ist die „linke Mitte“ nun auch eine „grüne Mitte“. Auf einer Pressekonferenz unmittelbar nach der Bundestagswahl 2009 stellte die Fraktionsvorsitzende Renate Künast fest, dass man sich als Partei in Zukunft „mitte-links“ aufstellen wolle.⁵³ Durch einen Beschluss auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Rostock im Oktober 2009 versuchten die Grünen, ihre „linke Mitte“ konkreter zu definieren: Diese sei der Ort der Meinungsmehrheit, die für Mindestlohn und eine bessere Verteilung des Reichtums, gegen Atomkraft sowie die Privatisierung von Bildung und Gesundheit sei. Für die Grünen finden hier das selbstbewusste und moderne Bürgertum auf der einen Seite und linke, emanzipatorische Politik auf der anderen Seite zusammen. Man wolle nicht länger „links“ und „Mitte“ gegeneinander ausspielen, sondern diese Begriffe zusammendenken und damit politische Verantwortung übernehmen. „Wer den politisch Heimatlosen ein Angebot machen will, muss beides zusammenbringen. Linksliberales Bürgertum und studentisch-alternatives Milieu, nachhaltig und erfolgreich wirtschaftende Selbstständige und Anti-AKW-Aktive aus dem Wendland. Und er muss den Marktradikalen auf der einen Seite und den Modernisierungsverweigern (sic!) auf der anderen Seite eine klare Absage erteilen.“⁵⁴

52 o.A., Hamburgs Bürgermeister verteidigt Öffnung der CDU zur Mitte, in: n24, 27.02.2010, online einsehbar unter http://www.n24.de/news/newsitem_5884606.html [eingesehen am 03.05.2012].

53 o.A., Grüne wollen sich „mitte-links“ aufstellen. netzeitung.de, 28.09.2009, online einsehbar unter <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/1475800.html> [eingesehen am 30.11.2012].

54 Vgl. Bündnis 90 Die Grünen, Beschluss der 31. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz, Rostock, 24.-25. Oktober 2009, Grün macht Zukunft, online einseh-

Im Laufe der Jahre 2011 und 2012 näherten sich die Grünen mit ihrer „Mitte“ ein Stück weit der sozialdemokratischen „Neuen Mitte“ von 1998 an, gerieten teilweise sogar in die semantische Nähe der 2008 umworbenen „liberalen Mitte“.⁵⁵ Im Wirtschaftsprogramm „green new deal“ wurde eine Stärkung des Mittelstandes als notwendig erachtet⁵⁶ und auf der Bundesdelegiertenkonferenz 2012 forderten die grünen Mandatsträger, dass sich „Leistung durch Arbeit wieder lohnen“ müsse. Überdies schrieben sie der „Mitte“ eine große Bedeutung für die Gesamtgesellschaft zu: Die zunehmend von Ängsten verunsicherte Mittelschicht – so der Befund von Bündnis 90/Die Grünen – gefährde den gesellschaftlichen Zusammenhalt.⁵⁷

Der extensive „Mitte-Gebrauch“ der Grünen blieb von der politischen Konkurrenz nicht unbeobachtet. Inzwischen sehen die Christdemokraten nicht mehr die Sozialdemokraten sondern die Grünen als Gegner im Wettbewerb um die „Mitte“. So bemerkte der Parteivorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU in einem Interview Ende 2012, dass die Grünen mittlerweile in die „bürgerliche Mitte“ drängen und verkündete zuversichtlich: „Wir nehmen den Kampf an.“⁵⁸

bar unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Wahlergebnis-Gruen-Zukunft-Beschluss-BDK-Rostock-10-2009.pdf [eingesehen am 03.09. 2012], S. 3, 7, Zitat auf S. 8.

55 Genau diesen „Schwenk“ hatte ihnen bereits zehn Jahre zuvor Richard Herzinger empfohlen. Vgl. Richard Herzinger, *Republik ohne Mitte. Ein politischer Essay*, Berlin 2001; vgl. ebenso bezüglich der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der FDP und den Grünen: Franz Walter, *Gelb oder Grün. Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland*, Bielefeld 2010.

56 Bündnis 90 Die Grünen, Beschluss der 33. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz Kiel, 25.-27. November 2001. *Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft: Der Grüne New Deal*, online einsehbar unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Wirtschaft-Gruener-New-Deal-Beschluss-BDK-Kiel-11-2011.pdf [eingesehen am 11.10.2012].

57 Bündnis 90 Die Grünen, Beschluss der 34. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz Hannover, 16.-18. November 2012, *Eine Gesellschaft für Alle: Umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung durch gute Institutionen und gerechte Verteilung*, online einsehbar unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Sozialpolitik-Teilhabe-Beschluss-BDK-11-2012.pdf [eingesehen am 11.12.2012], S. 2.

58 Jochen Gaugele u. Claus Christian Malzahn, „Grün ist unser Hauptgegner im Kampf um die Mitte“, in: *Welt Online*, 18.11.2012, online einsehbar unter <http://www.welt.de>.

Seit Beginn der Bundesrepublik haben sich die Vorstellungen der im Bundestag vertretenen Parteien von der „Mitte“ stark gewandelt. Verstanden sowohl die Sozialdemokraten in den frühen 1970er, als auch die Christdemokraten in den 1980er Jahren „Mitte“ eher als Regierungsbündnis, wurde mit dem Begriff in den vergangenen 15 Jahren verstärkt ein spezifisches gesellschaftliches Teilsegment verbunden. Während der „Mitte“ in der frühen Bundesrepublik größtenteils eine milieuübergreifende und verbindende Funktion zugeschrieben wurde, bezieht sich die Vokabel gegenwärtig eher auf eine leistungswillige Trägerschicht. Gleichzeitig scheint „Mitte“ einen zentralen gesellschaftlichen Kern zu betreffen: flexibel, breit, nicht konservativ, nicht progressiv, nicht rechts und selten links. Dessen ungeachtet ist „Mitte“ in der Politik eine „gesellschaftliche Zielgröße“⁵⁹. Dabei wird sie politisch oftmals so stark umworben, dass gelegentlich die „Verhätschelung der Mitte in der öffentlichen Debatte“ konstatiert wird.⁶⁰ Dies mag zum einen mit der historisch erklärbaren, negativen Konnotation der politischen Ränder und demgegenüber der reflexhaften positiven Akzentuierung der „Mitte“ zusammenhängen. Zum anderen wird das dominante Dispositiv von einer mehrheitsfähigen „Mitte“⁶¹ daran Anteil haben. „Partei der Mitte“, Partei für alle, womöglich eine Volkspartei zu sein, verspricht die Befähigung zur Repräsentation möglichst vieler Wähler.⁶² Somit dient die „Mitte-Ansprache“ hier als Vehikel zur Erlangung politischer Macht. Lediglich die Linkspartei verweigert sich bisher als einzige im Bundestag vertretene Partei dem „Mitte-Begriff“.

welt.de/politik/deutschland/article111244839/Gruen-ist-unser-Hauptgegner-im-Kampf-um-die-Mitte.html [eingesehen am 12.12.2012].

59 Martin Schürz, Kein Abschied von der Mitte, in: Die Zukunft.at, 10.07.2011.

60 Vgl. Steffen Mau, Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht, Berlin 2012, S. 7.

61 Vgl. Majid Sattar, Merkels nächstes Volk, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.10.2011.

62 Zum Merkmal einer Volkspartei und zur Diskussion vgl. exempl. Bernd Hofmann, Annäherung an die Volkspartei. Eine typologische und parteiensoziologische Studie, Wiesbaden 2004, S. 36-38.

1.3 WARUM „MITTE“ DANN DOCH WICHTIG IST

Deutlich geworden ist, dass sich hinter der „Mitte“ eine hohe Suggestivkraft verbirgt, es sich jedoch weniger um einen verbindlichen Begriff, denn um eine Formel mit vielen Variablen handelt. Doch die Beschäftigung mit einer derart komplexen Gleichung ist notwendig. Das Betrachten der „Mitte“ bedeutet, über die Konstitution der Gesellschaft beziehungsweise über die Verfassung der in ihr und sie gestaltenden Individuen nachzudenken.⁶³ Was erwartet die „Mitte“ von der Zukunft? Wie schätzt sie ihre eigene Lebenszufriedenheit ein und welche Bedeutung für die Gesellschaft schreibt sie ihrer Position zu? Welche Werte sind ihr wichtig? Anhand welcher Maßstäbe trifft sie Entscheidungen und fällt Urteile? Durch welche Vorstellungen und Wahrnehmungsmuster ist sie geprägt? Wie erlebt und bewertet sie Politik im Allgemeinen, Politiker, politische Prozesse und Entscheidungen im Besonderen? Insofern geht es hier nicht einzig um das Verständnis von Lebenswelten und Alltagserfahrungen – welches ein genuines Feld der Soziologie wäre – sondern um die Frage, wie diese Prozesse auf die Organisation des Zusammenlebens und die politischen Spielräume von Repräsentation und Aushandlung wirken. Die Untersuchung fügt sich demzufolge in den Bereich der politischen Kulturforschung ein, da Werte, Einstellungen und Verhaltensmuster⁶⁴ sowie Codes, Zeichen und verdichtete Kommunikation, die sich kollektiv und handlungspraktisch ausdrücken, hier im Zentrum stehen.⁶⁵

63 Vgl. Udo Di Fabio, Was ist die Mitte der Gesellschaft?, in: Vortragsreihe des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 6 (2007) H. 3.

64 Dirk Berg-Schlosser, Politische Kulturforschung/Kulturforschung, in: Dieter Nohlen u. Rainer-Olaf Schultze (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorie, Methoden, Begriffe, München 2004, S. 713-718.

65 Heinz Bude, Die Rekonstruktion kultureller Systeme, in: Uwe Flick u.a. (Hg.), Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendung, Weinheim 1995, S. 101-112, hier S. 101; Karl Rohe, Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Dirk Berg-Schlosser u. Jakob Schissler (Hg.), Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und Perspektiven der Forschung. (PVS Sonderheft 18), Wiesbaden 1987, S. 39-49; Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 28 (2002), S. 574-608.

Somit soll die „subjektive Dimension des Politischen [...] zwischen individuellen Orientierungen und sozialwissenschaftlichen Kenntnissen“ erfasst werden.⁶⁶

Noch einmal: Auch wenn die „Mitte“ einigen mehr als Sehnsuchtsort oder Schimäre erscheint⁶⁷, ist sie dennoch eine reale und äußerst wichtige Figur, denn die Mehrheit der Gesellschaft verortet sich in der „Mitte“. Werden die Probleme dieser Gruppe in den Blick genommen, geraten über kurz oder lang die Diagnosen der Entpolitisierung, respektive der „Politik“- oder gar „Demokratieverdrossenheit“ in das Sichtfeld. Mit dem Rückgang der Mitgliedschaften in Parteien und Großorganisationen,⁶⁸ mit der sinkenden Wahlbeteiligung⁶⁹ und auch mit einer zunehmenden Protestbereitschaft aus der „Mitte der Gesellschaft“⁷⁰ drängt sich die Frage auf, ob die „Mitte“ ihre von allen Seiten zugeschriebene stabilisierende Wirkung womöglich allmählich zu verlieren droht und somit die Demokratie langsam aber stetig ausgehöhlt wird.

Daran schließt sich auch die Überlegung an, ob die so genannten „Mitte-Wähler“ überhaupt systemstabilisierend sind. In denen letzten Jahren zeigt sich, dass es zwar die „Mitte-Parteien“ sind, die gewählt werden, jedoch differenzieren sich die Wählerstimmen auf die unterschiedlichen Angebote der „politischen Mitte“ aus. Das hat zur Folge, dass Parteien vermehrt Vielparteienkoalitionen

66 Samuel Salzborn, Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Frankfurt a. M. 2009, S. 46.

67 Zu zum Beispiel Wolfram Weimer, Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit. Warum die Krise uns konservativ macht, Gütersloh 2009, S. 32-34.

68 Vgl. exemplar. hier Tim Spier u. Markus Klein u.a. (Hg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011; Tim Spier, Bleibt alles anders?, in: INDES, H. 0/2011, S. 138-143; Franz Walter, Im Herbst der Volksparteien. Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld 2009

69 Vgl. exemplar. Armin Schäfer, Segregation, Wahlbeteiligung und Parteiergebnisse. Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“. 2011.

70 Vgl. Stine Marg u. Lars Geiges u.a. (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg 2013, hier vor allem Franz Walter, Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts, in: Stine Marg u. Lars Geiges u.a. (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg 2013, S. 299-341; ferner auch Friedhelm Neidhardt u. Dieter Rucht, Protest und Protestgeschichte in der Bundesrepublik 1950-1994, in: Max Kaase u. Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 129-164.

eingehen müssen, der Wähler gewinnt den Eindruck, eine Regierung zu bekommen, die er letztlich nicht gewählt hat und wendet sich schließlich enttäuscht ab.⁷¹ Diese Gemengelage und seine Folgen könnten dann ebenso als systemdestabilisierend interpretiert werden.

Überdies zeigen auch historische Erfahrungen, dass der „Mitte“ gleichfalls eine bedrohliche Komponente innewohnt. So erwies sich nicht nur der Mittelstand im Speziellen⁷² sondern auch die mittleren Schichten im Allgemeinen, wie bereits Geiger am Ausgang der Weimarer Republik befürchtete, als empfänglich für nationalistische Strömungen. Und in der Tat scheint die „Mitte“, wie auch jüngste Studien zeigen, aufgrund von Deprivationserfahrungen und ökonomischen Krisen radikal, extremistisch, ausgrenzend und totalitär zu reagieren.⁷³ All diese normativen Implikationen sind bei der Untersuchung der „Mitte“ zu berücksichtigen und müssen letztlich in der bewertenden Synthese aufgegriffen werden.

71 Vgl. zur Kurzlebigkeit komplexer Koalitionen: Stephan Klecha, Minderheitsregierungen und Wahlerfolge, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und internationales Parteienrecht, Jg. 17 (2011), S. 29-42.

72 Vgl. hierfür grundlegend Rainer M. Lepsius, *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung*, Stuttgart 1966.

73 Vgl. zu den älteren Ansätzen neben Lepsius auch: Seymour Martin Lipset, Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 11 (1959), S. 401-444. Zu den neueren Tendenzen vgl. zusammenfassend Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 10*, Berlin 2012, sowie Oliver Decker u. Johannes Kies, *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*, Bonn 2012; ebenso o.A., *Rassismus aus der Mitte*, in: *Zeit online*, online einsehbar unter <http://www.zeit.de/online/2008/25/rechtsextremismus> [eingesehen am 19.06.2008]. Eine Entgegnung der These, dass allein der Mittelstand bzw. die Mittelschicht für den Aufstieg des Nationalsozialismus verantwortlich ist, in: Rainer M. Lepsius, *Extremer Nationalismus*, 1966 u. Heinrich August Winkler, *Extremismus der Mitte?*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 20 (1972), S. 175-191.